

VORAN

Prozeß um ermordeten
KPD-Vorsitzenden

Thälmann: Opfer der Nazis —

und seiner Politik

Der Prozeß gegen den Exekutionskommandeur im KZ Buchenwald, Wolfgang Otto, zeichnet ein typisches Bild der deutschen Nachkriegsjustiz.

Nach Kriegsende wurde Otto wegen der „Teilnahme an Massengreuel-taten“ zu 20 Jahren Zuchthaus verurteilt. Kurz darauf wurde die Strafe auf 10 Jahre herabgesetzt. Aber selbst die saß er genauso wenig ab wie die meisten Nazis. Nach 5 Jahren Haft wird Otto freigelassen.

10 Jahre nach der tagtäglichen Durchführung von Exekutionen von KZ-Häftlingen war Wolfgang Otto Beamter und unterrichtete Schüler in Geschichte, Religion und Deutsch.

Den Staatsanwalt, der Ernst Thälmann 1933 verhaften ließ, setzte seine Karriere in der Nachkriegszeit ebenfalls ungebrochen fort. Genau so typisch ist die Jahrzehntelange Ablehnung bzw. Verschleppung neuer Klageverfahren durch Gerichte und die Zentralstelle für die Bearbeitung von NS-Waffenverbrechen. Der Prozeß gegen den SS-Schergen Otto hat nicht nur die Diskussion über die Mörder entfacht, sondern auch um das Opfer Ernst Thälmann.

Mit Thälmann wurde einer der prominentesten Vertreter der deutschen Arbeiterbewegung von den Nazis umgebracht. Sein Tod galt nicht nur ihm persönlich, sondern allen Mitgliedern und Anhängern der Kommunistischen Partei, deren Vorsitzender und Reichstagsabgeordneter Thälmann war.

Wir müssen verstehen, wie es überhaupt zum Faschismus kommen konnte.

Die KPD wurde 1918 gegründet wegen des Verrats der rechten SPD-

Führung in der Novemberrevolution. Große Teile der Arbeiterklasse erhofften sich von der KPD, daß sie die Arbeiter an die Macht bringen und eine Räte-demokratie aufbauen würde. Diese Hoffnung wurde bald enttäuscht.

Mit der Stalinisierung Rußlands ab 1924 begann die Umfunktio-nierung der Kommunistischen Interna-tionale zum außenpolitischen In-strument der stalinistischen Büro-kratie.

In Deutschland war es Ernst Thäl-



Rotfront-Kämpfer Thälmann

mann (Spitzname „deutscher Stalin-“), der die KPD ab 1925 unter schwe-ren innerparteilichen Auseinander-setzungen auf die stalinistische Linie festlegte. Während die SPD-Füh- rung besonders in den revolutionä- ren Jahren 1918-23 durch ihre rechte Politik den Massen einen sozialis- tischen Ausweg aus der kapitalis- tischen Krise verwehrt, trägt die KPD-Führung durch ihre ultralinke Politik ab Ende der 20er Jahre die Hauptverantwortung dafür, daß es nicht zu einer Einheitsfront von kommunistischen und sozialdemo- kratischen Arbeitern für die Zer- schlagung von Faschismus und Ka- pitalismus kam.

vor dem Faschismus retten kann. Entweder — sagt er, — die KPD macht gemeinsame Sache den Sozialdemokraten, oder die deutsche Arbeiterklasse ist auf 10 oder 20 Jahre hinaus verloren. Das ist die Theorie eines völlig bankrotten Fa- schisten und Konterrevolutionärs. Das ist wirklich die schlimmste, die gefährlichste und verbrecherischste Theorie, die Trotzki in den letzten Jahren seiner konterrevolutionären Propaganda aufgestellt hat.“

Trotzkis Warnung

Zu dieser Zeit schrieb Trotzki ein- ner seiner letzten Warnrufe an die deutschen Kommunisten: „Arbeiter, Kommunisten, Ihr sie- Hunderttausende, Millionen... Wenn der Faschismus zur Macht gelangt, wird er wie ein furchtbarer Panzer- wagen über Eure Schädel und Wir- belsäulen hinweggehen. Rettung liegt nur in unbarmerzigem Kampf. Und Sieg kann nur die kämp- fende Verbindung mit den sozial- demokratischen Arbeitern bringen.

Thälmanns Politik

1929 vertiefte sie durch ihre So- zialfaschismus-Theorie die Spaltung der deutschen Arbeiterklasse. Die KPD-Führer um Thälmann klebten allen Gegnern das Etikett „Faschist“ auf. Sie verwirrten damit ihre An- hänger und die gesamte Arbeiter- klasse.

Fortsetzung von Seite 1

Sozialistische Offensive nötig

Natürlich können die SPD-Länder und -Gemeinden die Folgen der kapitalistischen Krise nicht alleine lösen. Doch sie können konkrete Probleme aufgreifen und sie zu Dreh- und Angelpunkten der Mobilisierung gegen die Kohlregierung machen.

Ansatzpunkte zur Organisation des Widerstands der Betroffenen liefert diese Regierung genug. So hat sie per Gesetz die Gehälter für Auszubildende im Krankenpflegebe- reich um bis zu 40% gesenkt. Die

enteigenen, läßt auf sich warten. Wenn die Kassen des Landes leer sind, sollte auch keine Entschädi- gung erfolgen. Schließlich ist der Konzern durch die vielen öffentli- chen Zuschüsse eigentlich schon längst gekauft.

Statt ARBED anzugreifen, wendet sich die saarländische Landes- regierung gegen die Arbeiter, Angestellten und Beamten im öffentli- chen Dienst. Lafontaine will ihnen ab 1. Januar 1986 die Löhne kürzen.

sich vor dem Aufstellen der von ihr erwarteten Forderungen zu drücken.

Mobilisierung

Wir müssen für die Aufnahme sol- cher Forderungen, wie die Rücknah- me aller Kürzungen im sozialen Be- reich, ein Umweltprogramm und die Schaffung neuer Arbeitsplätze, in Raus Wahlprogramm kämpfen. Wir wollen zurückhaben, was uns Kohl und Kapital genommen haben.

Eine SPD-Regierung wird die Möglichkeit haben, ohne die Bremse FDP und bei entsprechender Mobi- lisierung und Aufklärung mit der Rückendeckung von Millionen, Maßnahmen zum Wohle der Bevöl- kerung durchzusetzen, wenn sie dazu bereit ist.

Diese Forderungen könnte die SPD-Regierung sofort durchsetzen:

- Rücknahme aller sozialen Kür- zungen
- Schaffung von Arbeitsplätzen durch ein Wohnungsbauprogramm
- Schaffung von Arbeitsplätzen im Umweltbereich, um die zunehmende Vergiftung unserer Umwelt zu stop- pen
- radikaler Abbau der Rüstungs- ausgaben.

Bruch mit dem Kapital

Reformen können nur dann dauer- haft abgesichert werden, wenn die Macht des Kapitals grundsätzlich gebrochen wird.

Es mag sein, daß zunächst viele Menschen die Illusion haben wer- den, durch Reformen innerhalb die- ses Systems, Schritt für Schritt, zum Sozialismus zu gelangen. Wir Mar- xisten sagen dagegen, daß ohne Mo- bilisierung der arbeitenden Bevölke- rung der eine Schritt zum Sozialis- mus am Widerstand der Kapitalisten scheitern muß.

Wollen wir einen Ausweg aus Kri- se und Elend, muß den Kapitalisten das Eigentum an Produktionsmit- teln genommen werden.



Trotzki warnte vor der verhängnisvollen Sozialfaschismus-Theorie

Mit dem Aufruf: „Heraus aus dem Gesamtverband der sozialhisto- rischen Verräter“ gründete die KPD-Führung in Konkurrenz zu den so- zialdemokratisch geführten Ge- werkschaften die „Revolutionäre Gewerkschaftsopposition“ (RGO). Thälmann zitiert immer wieder Stal- ins Spruch, daß die Sozialdemokra- tie und der Faschismus Zwillinge- seien.

Die Linke Opposition um Leo Trotzki kritisierte ständig die Politik der KPD. Trotzki rief die Kommu- nisten Deutschlands zur Bildung ei- ner Einheitsfront gegen den Faschi- smus auf.

Im September 1923 hetzte Thäl- mann noch mit folgenden Worten gegen Trotzki's Schrift: „Wie wird der Nationalsozialismus geschlagen?“

„In seinem Pamphlet... gibt Trotzki nur eine einzige Antwort, und zwar: Die KPD muß mit der SPD gemeinsame Sache machen... Das ist nach Trotzki der einzige Weg, auf dem sich die deutsche Arbeiterklasse

Eilt, Arbeiter, eilt, Kommunisten, es ist Euch wenig Zeit gelassen!“

Während Trotzki dies schrieb und die Arbeiter erahnten, was auf sie zukam, verbreiteten Thälmann und die gesamte KPD-Führung Ge- lassenenheit gegenüber der Machter- greifung Hitlers. Noch nachdem Hitler die Macht ergriffen und schon Hunderte von Kommunisten in KZs geworfen hatte, erklärte die Kom- munistische Internationale: „Die Er- richtung der offenen faschistischen Diktatur, die alle demokratischen Illu- sionen in den Massen zunichte machte und in den Massen aus dem Einfluß der Sozialdemokratie be- freit, beschleunigt das Tempo der Entwicklung Deutschlands zur pro- letarischen Revolution.“

Was sich in Wirklichkeit dann be- schleunigte, war die Konterrevolu- tion. Thälmann war das Opfer seiner eigenen Politik.



Vorher hat's schon nicht gereicht, und jetzt? Krankenpflegeschüler protestieren gegen Kürzungen ihrer Auszubildungsvergütung

ÖTV startete bundesweit eine Kam- pagne dagegen (siehe VORAN Nr. 78). Träger vieler Krankenhäuser sind Gemeinden und Länder — auch SPD-geführte. Hier könnte die SPD der sozialen Demontage der konservativen Regierung entgegen- treten, indem sie sich weigert, solche Kürzungen durchzuführen. Bislang hat dies aber lediglich der Stadtrat von Ludwigsburg (bei Stuttgart) ge- wagt.

Wenn sich alle SPD-geführten Länder und Gemeinden diesem Schritt anschließen, so würde diese CDU-Gesetzgebung schnell in der Luft hängen. Doch selbst die saar- ländische Landesregierung hat einen Rückzieher gemacht, nachdem sie der ÖTV zuerst ihre Unterstützung zugesagt hatte.

Auch die Durchführung des po- pulären Versprechens von Oskar Lafontaine, ARBED Saarstahl zu

Die SPD darf sich nicht auf den CDU-Sparkurs begeben, wenn sie nicht ihre Anhänger verprellen will. Schon die Kürzungen unter Schmidt und Genscher hatten bei Wählern und SPD-Basis große Unzufrieden- heit ausgelöst. Johannes Rau hat in- zwischen sein Versprechen, alle Kür- zungen der Kohlregierung im sozia- len Bereich zurückzunehmen, wieder fallen lassen. Doch daß selbst Rau diese Forderung aufgestellt hat, zeigt ihre Popularität an der Basis und unter der Bevölkerung.

Kürzungen

Viele halten es für selbstverständ- lich, daß eine SPD-Regierung die unsocialen Kürzungen rückgängig macht. Leider versuchen die SPD- Führung und der rechte Flügel der Partei — aus Furcht vor den Wider- stand aus dem Unternehmerlager —

Ich möchte VORAN abonnieren... und habe 9.60 DM auf das Postcheckkonto VORAN zur sozialistischen Demokratie Nr. 2500 59-430. Pscha Essen überwiesen (Abopreis für sechs Ausgaben). Lieferung er- folgt ab Nr. 81 nach Zahlungseingang. Einsenden an: VORAN; Hansaring 4, 5000 Köln 1

Name:

Anschrift: